

## 1 **Bezahlbarer Wohnraum - unser sozialdemokratischer Auftrag**

2  
3  
4 Die Frage des bezahlbaren Wohnraums nimmt bereits jetzt in großem Umfang Einfluss auf  
5 unsere Gesellschaft. Sie entscheidet maßgeblich darüber, ob Menschen abhängig von ihrer  
6 wirtschaftlichen Situation dort ein Zuhause finden können, wo sie ihre Heimat haben. Sie  
7 trifft Aussage über die soziale Struktur von Städten und Gemeinden. Immer öfter bleiben  
8 attraktive Wohngegenden, ob in Stadtzentren oder landschaftlich herausragenden Lagen,  
9 besonders wohlhabenden Menschen vorbehalten, während Menschen mittleren und unteren  
10 Einkommens an den Rand gedrängt werden. Die Höhe der Wohnkosten nimmt immer  
11 stärker Einfluss auf die Lebensqualität und die Freiheit der Menschen. Immer mehr des  
12 selbst erarbeiteten Einkommens muss für Lebenshaltungskosten aufgebracht werden und  
13 steht nicht mehr zur freien Verfügung. Die Höhe der Wohnkosten und nicht etwa Steuern  
14 oder Abgaben entscheiden verstärkt darüber, wie viel den Menschen von ihrem Einkommen  
15 jeden Monat bleibt.

16  
17 Die SPD Baden-Württemberg räumt der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in ihrer  
18 Arbeit in Bund, Land und Kommunen zentrale Bedeutung ein. Die grün-schwarze  
19 Landesregierung zeigt mit oberflächlichen Korrekturen, dass sie nicht bereit ist, die Frage  
20 des bezahlbaren Wohnraums über reine Ankündigung hinaus mit notwendiger Konsequenz  
21 anzugehen. Doch braucht es eine Politik des entschlossenen Handelns mit konkreten  
22 Resultaten, die mehr als Symbolik für die eigene Klientel im Blick hat.

23  
24 Mit dem Bewusstsein für die besondere Bedeutung für das Leben vieler Menschen, mit der  
25 Bereitschaft, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen und mit dem Anspruch, unsere Ziele  
26 und Reformansätze ab 2021 wieder in der Landesregierung umzusetzen, steht die SPD  
27 Baden-Württemberg daher für folgende Maßnahmen zur Schaffung von mehr bezahlbarem  
28 Wohnraum ein.

### 29 30 31 **Im Land entschieden handeln**

32  
33 Wir stehen für ein Baden-Württemberg, das bezahlbares Wohnen als  
34 gesamtgesellschaftliche und staatliche Aufgabe versteht und entschlossen annimmt. Die im  
35 Land regierenden Parteien haben die akute Not, den immer dramatischeren Missstand und  
36 den dringenden Bedarf zu handeln nicht erkannt. Das Ausmaß des akuten bezahlbaren  
37 Wohnraum Mangels ist das Ergebnis einer Politik auf Grundlage falscher Prognosen und  
38 Annahmen der Landesregierungen der vergangenen Jahrzehnten, von denen wir uns als  
39 baden-württembergische Sozialdemokratie selbst nicht ausnehmen. Doch sind wir bereit,  
40 schonungslos Fehler anzuerkennen und die richtigen Schlüsse für den heutigen,  
41 drängenden Handlungsbedarf zu ziehen

42  
43 Zur Staatsaufgabe des Landes gehört für uns ein Dreiklang aus einem eigenständigen  
44 öffentlichen Wohnungsbereich, staatlicher Wohnraumförderung und Unterstützung des  
45 Eigenerwerbs für breite Bevölkerungsschichten. Die SPD hat in ihrer Regierungszeit mit der  
46 Verdreifachung der Landeswohnraumförderung unter den Gesichtspunkten 2 und 3 dieses

47 Dreiklangs massive Fortschritte für die Menschen erreicht. Der Verzicht auf landeseigene  
48 Wohnungen passt nicht zu diesem Ansatz.

49

50 Mit einer Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) geben wir dem direkt-öffentlichen  
51 Wohnungsbereich spiegelbildlich und in Ergänzung der kommunalen Gesellschaften auch  
52 auf Landesebene ein Gesicht. Dabei soll eine LEG Wohnen nicht nur landeseigene Flächen  
53 im Sinne des sozialen Wohnungsbaus entwickeln sondern auch als Kooperationspartner für  
54 die Kreise, Gemeinden und kleiner städtische Wohnungsbaugesellschaften dienen. Die LEG  
55 Wohnen kann als Vorfinanzierer für neubaurelevante Flächen auftreten und so  
56 preisdämpfend wirken. Unter ihrem Dach können Stadt-Umland-Region-Kooperationen zum  
57 Wohnungsbau entwickelt werden. Während im Jahr 2014 noch 63 197 Sozialwohnungen in  
58 Baden-Württemberg bestanden, werden es ohne politische Gegenmaßnahmen 2030 nur  
59 noch 38 657 sein. Auch dieser Entwicklung wollen wir mit der LEG offensiv entgegenwirken.

60

61 Die Landeswohnraumförderung wird derzeit von der grün-schwarzen Landesregierung bei  
62 250 Millionen Euro eingefroren und führt in der Folge so zu weniger geförderten Einheiten  
63 pro Jahr. Dabei verringert die Landesregierung sogar ihren eigenen Förderanteil gegenüber  
64 der Vergangenheit, der Hauptanteil der zusätzlichen Förderung kommt durch Mittel der  
65 Bundesregierung von SPD und Union. Dies ist angesichts der steigenden Wohnungsnot und  
66 explodierender Mieten eine vollkommen falsche Politik. Mangelnde Bauflächen und zu  
67 geringer Rückhalt durch die Landesregierung führen dazu, dass sozial geförderter  
68 Wohnraum vor Ort nur in geringem Maße umgesetzt werden kann.

69

70 Die Notwendigkeit des Ziels, mit der Versiegelung weiterer Flächen vorsichtig umzugehen,  
71 erkennen wir an. Gleichwohl wissen wir um die unmittelbare Not vieler Menschen und den  
72 massiven Druck auf den Wohnungsmarkt. Alleine bis 2025 werden in Baden-Württemberg  
73 325 000 neue Wohnungen benötigt. Deshalb setzen wir uns als SPD Baden-Württemberg  
74 dafür ein, 5000ha im Land als Bauflächen zu aktivieren. Diesen Verbrauch zusätzlicher  
75 Flächen wollen wir allerdings an eine erhöhte Bewohnungsdichte koppeln. Dies soll etwa  
76 durch verstärktes Bauen in die Höhe gewährleistet werden. Dabei kommt es darauf an, dass  
77 die zusätzlich aktivierten Bauflächen auch tatsächlich dem sozialen Wohnungsbau zur  
78 Verfügung gestellt werden. Um eine, dem dringenden Bedarf angemessene, Umsetzung von  
79 sozialem Wohnungsbau sicherzustellen, setzen wir uns im gleichen Atemzug dafür ein, den  
80 5000ha zusätzlich aktivierten Flächen eine 100-prozentige Erhöhung der  
81 Landeswohnraumförderung auf insgesamt 500 Millionen Euro gegenüberzustellen.

82

83 Die Aktivierung weiterer Flächen soll mit Rücksicht auf die ökologische Nachhaltigkeit  
84 allerdings an zusätzliche Ausgleichsflächen, ergänzende Ökodienstleistungen, wie  
85 beispielsweise Dachbegrünungen und ein verstärktes Bauen in die Höhe gekoppelt werden.  
86 Das Land muss landeseigene Grundstücke stärker als bislang für die Bebauung aktivieren.  
87 Diese umfangreichen Maßnahmen sind dem akuten Druck auf den Wohnungsmarkt  
88 angemessen, oberflächliche und weniger weitreichende Korrekturen der  
89 Landeswohnbaupolitik halten wir als SPD Baden-Württemberg daher für nicht verantwortbar.  
90 Bei der Bindungsdauer von Sozialwohnungen wollen wir eine besonders geförderte 2-  
91 Generationen-Dauer von 60 Jahren einführen.

92

93 Nur in einem Land mit starken Kommunen kann die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum  
94 vor Ort gelingen. Viele Kommunen scheitern aus rein haushälterischen Gründen daran,

95 Vorkaufsrechte auszuüben oder Baulücken zu erwerben. Die gute finanzielle Ausstattung  
96 von Kommunen und die Weitergabe von vom Bund für die Kommunen vorgesehen Gelder  
97 ohne Vorwegabzüge sind darum ein struktureller Bestandteil einer aktiven Wohnraumpolitik.

98

99 Die Kommunen wollen wir bei einer am langfristigen Bedarf orientierten Bauflächenpolitik  
100 unterstützen. Hierzu gehört für uns ein Vorkaufsrecht im Sinne des Allgemeinwohls, eine  
101 Konzeptvorgabe als auch eine Unterstützung bei einer stärkeren Durchmischung von  
102 Neubaugebieten mit Einfamilienhäusern und Geschossbauweise.

103

104 Die SPD Baden-Württemberg steht unverrückbar für eine Wohnraumoffensive in Baden-  
105 Württemberg, die in sozialer und ökologischer Verantwortung geschieht. Hierzu gehört  
106 bereits vorhandene Flächen entschieden zu aktivieren, diese zu verdichten oder in die Höhe  
107 zu bauen und über einen Innovationscampus moderne und demographiefeste Wohnformen  
108 besonders zu fördern. Eine hervorgehobene Bedeutung kommt hierbei der Holzbauweise zu

109

110 Die Ausrichtung auf neue alters- und lebensmodellübergreifende Wohnformen, sowie  
111 barrierefreies Wohnen in Kombination mit neuer Mobilität und der neuen Quartiersqualität ist  
112 für die SPD Baden-Württemberg das Schlüsselement für zukunftsgerichtetes Wohnen.  
113 Hierfür fordern wir von der Landesregierung, landesweit Modellversuche zu fördern.

114

115 Unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten ist es unabdingbar, den vorhandenen  
116 Mietraum in Verantwortung zu setzen. Darum treten wir für mietpreisdämpfende Maßnahmen  
117 wie eine funktionierende Mietpreisbremse und für mietmarktordnende Maßnahmen wie ein  
118 funktionierendes Zweckentfremdungsverbot, eine Politik gegen Leerstand und einen  
119 Milieuschutz ein. Das Zweckentfremdungsverbot wollen wir dahingehend weiterentwickeln,  
120 dass es auch zum Vorgehen gegen Eigentümer ermächtigt, deren Wohnungen bereits zum  
121 Zeitpunkt des Inkrafttretens der kommunalen Satzung leerstanden oder als Ferienwohnung  
122 genutzt wurden.

123

124 Die Landesbauordnung ist eine zentrale Steuerungsmöglichkeit, um die Wohnraumoffensive  
125 ökologisch und demographiefest zu gestalten. Insbesondere in der dringend notwendigen  
126 Schaffung von barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen kann auf die Steuerung  
127 über bauordnungsrechtliche Vorschriften nicht verzichtet werden. Unter dem Gesichtspunkt  
128 der galoppierenden Baukostenentwicklung entsteht bei vielen Regelungen in der  
129 Landesbauordnung ein Zielkonflikt mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir  
130 wollen darum die Landesbauordnung entschlacken und prüfen, auf welche Einzelpunkte  
131 verzichtet werden kann bzw. Welche sinnvollen aber nicht ordnungsrechtlich notwendigen  
132 Maßnahmen auch über eine finanzielle Förderung stärker in den Wohnraum implementiert  
133 werden können. Auch wollen wir bürokratische Hemmnisse und komplexe  
134 Genehmigungsverfahren vereinfachen.

135

136 Das Wohnraumangebot hat auch für unsere starke baden-württembergische Wirtschaft  
137 große Relevanz. Die Möglichkeit, Fachkräfte in der Fläche des Landes zu gewinnen hängt  
138 nach Einschätzung der vom Land in Auftrag gegebenen Untersuchung der Prognos auch  
139 davon ab, ob ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Wir fordern als SPD Baden-  
140 Württemberg deshalb die Landesregierung auf, gezielt mit den baden-württembergischen  
141 Unternehmen in einen Dialog zu treten. Es müssen Möglichkeiten geprüft werden, den Bau  
142 von Werkwohnungen durch die Unternehmen gezielt zu fördern.

143 Die digitalen Möglichkeiten, Bauen effizienter zu gestalten, müssen im Land stärker  
144 gefördert werden. Building Information Modeling (BIM) kann beispielsweise helfen, Projekte  
145 effizienter und günstiger umzusetzen. Die digitalen Voraussetzungen für flächendeckenden  
146 Wohnungsbau zu schaffen, ist gerade für die Reduktion von steigenden Baukosten von  
147 herausragender Bedeutung. Eine gezielte Förderung von BIM, gegebenenfalls zuerst durch  
148 Modellprojekte fordern wir als SPD Baden-Württemberg von der Landesregierung ein.

149

### 150 **Auf Bundesebene nicht ruhen**

151

152 Als SPD Baden-Württemberg werden wir weitere inhaltliche Schwerpunkte in der  
153 Bundesregierung setzen, um die Anstrengungen des Bundes für mehr bezahlbaren  
154 Wohnraum voranzubringen. Die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD  
155 aufgezeigten Lösungsansätze zeigen, dass die SPD bereits bei den  
156 Koalitionsverhandlungen viele eigenen Akzente gegen die Union durchsetzen konnte. Das  
157 klare Bekenntnis der Koalitionspartner zum sozialen Wohnungsbau etwa im Hinblick auf die  
158 Schaffung von 1,5 Millionen neuer Wohnungen und Einfamilienhäuser, genauso wie die  
159 Formulierung der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern zeigen, dass der  
160 richtige Weg eingeschlagen ist.

161

162 Die Einführung eines Baukindergeldes und die neu aufzulegenden Bürgschaftsprogramme  
163 für Immobilienerwerb der KfW kommen vor allem Familien und Menschen mit geringen und  
164 mittleren Einkommen zugute. Auch die Rechte von Mieterinnen und Mietern sollen durch  
165 verschiedene Konkretisierungen im Gesamtkontext einer funktionierenden Mietpreisbremse  
166 ausgeweitet werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass durch Standardisierungen  
167 qualifizierte Mietpreisspiegel gesichert werden sollen, dass eine gesetzliche Auskunftspflicht  
168 des Vermieters zur Vormiete eingeführt wird und dass Mieterhöhungen nach  
169 Modernisierungsmaßnahmen nur begrenzt erfolgen dürfen. Wir setzen uns als SPD Baden-  
170 Württemberg im Bund gleichwohl dafür ein, die Vergleichsdauer für Mietspiegel auf  
171 mindestens fünf Jahre festzusetzen.

172

173 Wir verstehen es des Weiteren als unsere Aufgabe der SPD Baden-Württemberg, über im  
174 Einzelnen vereinbarte Fortschritte im Koalitionsvertrag hinaus weitere Reformen  
175 voranzutreiben, um flächendeckend schnell mehr bezahlbaren Wohnraum in der gesamten  
176 Bundesrepublik zu schaffen.

177

178 Die Standardisierung des qualifizierten Mietpreisspiegels wollen wir um eine gesetzliche  
179 Veröffentlichungspflicht erweitern. Wir werden eine gesetzliche Verpflichtung zur  
180 Veröffentlichung einführen. Der Erfolg der Mietpreisbremse kann nur gewährleistet werden,  
181 wenn die Erhebung der ortsüblichen Vergleichsmiete nicht auf individuellen Annahmen  
182 beruht, sondern auf belastbare, statistische Daten zurückgreift. Gerade, da politische  
183 Maßnahmen zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum oft erst mehrere Jahre später  
184 greifen, muss der Trend rasant steigender Miet- und Wohnkosten durch einen Mietpreisspiegel  
185 und eine wirkungsvolle Mietpreisbremse flächendeckend bekämpft werden. Alle Versuche  
186 der Union, das sozialdemokratische, sinnvolle Instrument der Mietpreisbremse auszuhöhlen,  
187 werden wir als SPD daher unterbinden und auf eine konsequente Umsetzung der  
188 Nachbesserungen bei der Mietpreisbremse im Koalitionsvertrag pochen.

189

190 Für uns ist klar, dass neben der Subjektförderung auch die Objektförderung erneut stärker in  
191 den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken muss. Dabei wollen wir das eine nicht  
192 gegen das andere ausspielen. Wir müssen weiterhin die individuellen Probleme lösen,  
193 gleichzeitig aber auch dafür sorgen, dass mehr Wohnraum geschaffen wird. Dazu ist es  
194 notwendig, dass wir den Begriff der Gemeinnützigkeit neu definieren. Durch die Etablierung  
195 dieser „neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“ sollen aktuelle Träger der sozialen  
196 Wohnraumförderung unterstützt und neue Investoren durch steuerliche Anreize angezogen  
197 werden. Durch eine neue gesetzliche Regelung eröffnen wir eine langfristige  
198 Planungsperspektive und verhindern, dass der Wohnungsmarkt von privaten Investoren mit  
199 reiner Gewinnmaximierungsaussicht dominiert wird.

200

201 Die Einführung der Grundsteuer C, die Brachflächen stärker belastet und eine Bebauung für  
202 EigentümerInnen attraktiver macht, muss mit großem Nachdruck vorangetrieben werden.  
203 Wir werden als SPD Baden-Württemberg mit Nachdruck darauf drängen, den Kommunen  
204 dieses Instrument zeitnah zur Verfügung zu stellen. Auch wollen wir eine politische  
205 Diskussion darüber anstoßen, wie verdichteter Wohnungsbau steuerlich attraktiver gestaltet  
206 werden kann, beispielsweise durch Modelle, wie etwa Bodenwertsteuern oder  
207 Bodenwertzuwachssteuern.

208

209 Wir wissen, dass die Aufgabe des Wohnungsbaus nicht dem freien Markt überlassen  
210 werden kann. Durch diesen entstehen zwar Wohnungen, aber oftmals nicht solche, die von  
211 der überwiegenden Anzahl der Menschen benötigt werden. Der von uns geforderten,  
212 höheren Betätigung der Bundesländer beim sozialen Wohnungsbau, wie wir sie  
213 beispielsweise mit der LEG im Land anvisieren, müssen daher auch die finanziellen  
214 Ressourcen durch den Bund gegenübergestellt werden. Der teils mäßige Abruf bestehender  
215 Fördermittel und die Bereitschaft der jeweiligen Landesregierungen, Mittel nicht  
216 vollumfänglich weiterzugeben, wollen wir aktiv entgegenwirken und mit an  
217 Landesregierungen beteiligten SPD-Landesverbänden hierzu in einen Dialog treten. Als  
218 SPD Baden-Württemberg wollen wir im Bund die Direktförderung von sozialem  
219 Wohnungsbau durch die Bundesländer stärker thematisieren und setzen uns dafür ein, dass  
220 die im Koalitionsvertrag zusätzlich vereinbarte Bereitstellung von je einer Milliarde Euro 2020  
221 und 2021 gegebenenfalls bereits früher ergänzend eingestellt werden. Die Spirale, dass  
222 rasant steigendem Bedarf bei bezahlbarem Wohnraum nicht abgerufene Fördermittel durch  
223 eigentlich zum Handeln verpflichteten Bundesländern gegenüberstehen, müssen wir  
224 durchbrechen und werden als SPD Baden-Württemberg im Bund dazu initiativ werden.

225

226 Die Förderung von wirtschaftlich und sozial strukturschwachen Gebieten durch das  
227 Förderprogramm „Soziale Stadt“ durch den Bund gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die  
228 Herausforderungen nehmen jedoch zu. Wir setzen uns als SPD Baden-Württemberg daher  
229 dafür ein, diese Mittel auf 200 Millionen Euro zu verdoppeln. Dabei wollen wir nicht nur in  
230 Beton, sondern in Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt investieren und die  
231 Förderung von Quartiersmanagement wieder stärker ermöglichen.

232

233

### 234 **Bemühungen auf kommunaler Ebene**

235

236 Überall dort, wo die SPD in den Kommunen Verantwortung trägt, genießt die Schaffung von  
237 bezahlbarem Wohnraum herausragende Priorität. Sozialdemokratischen Amts- und

238 MandatsträgerInnen in Gemeinderäten und Kreistagen, in den Regionalverbänden und in  
239 den Rathäusern wissen um die große Verantwortung, welche die kommunale Hand für  
240 bezahlbaren und sozialen Wohnraum trägt.

241

242 In ganz Baden-Württemberg setzt sich die Sozialdemokratie deshalb dafür ein, dass schnell  
243 bestehender Wohnraum auch als solcher genutzt wird. Wir wollen flächendeckend das  
244 Instrument der Zweckentfremdungsverbote stärker nutzen. Unverhältnismäßiger  
245 Wohnungsleerstand, die Umwandlung von weiteren Wohnungen in Ferienwohnungen in  
246 Stadtzentren sowie attraktiven Wohngebieten und eine mögliche Umwandlung von Wohn-  
247 in Gewerbefläche wollen wir aktiv verhindern. Dabei muss auch eine kommunale Kontrolle  
248 besser als bislang gewährleistet werden. Wohnraum für Menschen muss dauerhaft Vorrang  
249 in Baden-Württemberg haben.

250

251 Den Kommunen wollen wir mehr Möglichkeiten der Steuerung von Wohnungsbau vor Ort an  
252 die Hand geben. So soll die Möglichkeit, durch Quoten den Anteil von sozial gebundenem  
253 Wohnungsbau zu definieren, nicht nur bei Neuausweisung von Wohngebieten, sondern  
254 auch bei größeren Wohnprojekten im Innenraum möglich sein. Auch wollen wir ein  
255 kommunales Vorkaufsrecht, befreit von der Grunderwerbssteuer, prüfen.

256

257 Wir fordern, dass das Land künftig Kommunen und kommunale Wohnungsbauunternehmen  
258 durch direkte Zuschüsse pro gebautem Quadratmeter beim sozialen Wohnungsbau  
259 unterstützt. Dies muss jedoch in ausreichendem Umfang, etwa im Rahmen der Erhöhung  
260 der Mittel auf 500 Millionen Euro, stattfinden, damit eine signifikante Wirkung landesweit  
261 erzielbar ist.

262

263 Um bestehenden, leerstehenden Wohnraum besser zu aktivieren, wollen wir von  
264 Positivbeispielen lernen. So wollen wir auf kommunaler Ebene dort, wo Bedarf besteht, die  
265 Einführung von Gesellschaften prüfen, die als Vermittler zwischen EigentümerInnen und  
266 MieterInnen agieren. Etwa nach dem Vorbild der Vorarlberger gemeinnützigen Wohnbau-  
267 und Siedlungsgesellschaft oder dem Karlsruher Modell zur Wohnraumakquise sollen so  
268 Mieteinnahmen garantiert und Risiken sowie Aufwand durch den Träger solidarisch getragen  
269 werden. Die Träger betreuen Eigentümer und Mieter gleichermaßen und verhindern durch  
270 diese Vorgehensweise, dass Eigentümerinnen und Eigentümer ihre Wohnung leer stehen  
271 lassen, weil sie den Aufwand der Vermietung scheuen oder Risiken vermeiden wollen.

272

273 Auf kommunaler Ebene setzen wir auf eine Konzept- statt auf eine Höchstpreisvergabe bei  
274 Grundstücksverkäufen. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass kommunale Grundstücke  
275 nur an den Höchstbietenden veräußert werden. Vielmehr werden wir SozialdemokratInnen  
276 künftig darauf achten, dass sozial ausgestaltete Wohnkonzepte umgesetzt werden, die  
277 einen Beitrag zu mehr bezahlbarem Wohnraum leisten können.

278

279 Gerade für Menschen im Alter wird Wohnen verstärkt zur Herausforderung. Vielen alten  
280 Menschen werden die bewohnten Räumlichkeiten auf Dauer zu groß. Kleinerer Wohnraum  
281 ist oftmals nicht verfügbar, und wenn dann erheblich teurer. Wir wollen gerade auf  
282 kommunaler Ebene unsere Anstrengungen ausweiten, Alt werden im eigenen Zuhause zu  
283 fördern.

284

285 Gerade ein gutes Quartiersmanagement und verstärktes bürgerschaftliches Engagement  
286 können dazu beitragen, ein umfangreiches Förderkonzept für Menschen, die zuhause  
287 gepflegt werden wollen, zu gewährleisten. Auf kommunaler Ebene sind wir  
288 SozialdemokratInnen deshalb VorkämpferInnen für generationsübergreifende Wohnprojekte.  
289 Die Förderung für barrierefreien Umbau wollen wir auch vor Ort stärker ausweiten und so  
290 auch die Belastung der Pflegeeinrichtungen reduzieren.